Mises Staats- und Interventionismuskritik

Ludwig von Mises´ Staatskritik hält sich nicht mit Oberflächlichkeiten auf. Sie konzentriert sich nicht auf mangelnde Anreize für Politiker oder auf eine zu egoistische Natur von Menschen, die sich nicht selbstlos für den Staat opfern. Mises´ Staatskritik ist grundsätzlicher und absoluter. Sie trifft den Etatismus ins Herz. Und zwar tödlich.

Mises´ berühmteste Kritik am Staate ist seine Analyse der Funktionsweise des Sozialismus. Wenn Karl Marx auch eine Analyse der Funktionsweise des Sozialismus ablehnte, da er ja ohnehin unweigerlich über die Menschheit kommen würde, nahm sich Mises in seinem 1920 erschienen Aufsatz „Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen“ die Freiheit der Frage nachzugehen, ob der Sozialismus wirklich zu mehr materiellen Wohlstand führt. Das hatten seine Apologeten bis dahin versprochen. Und das hatte für viele Anhänger seinen Reiz ausgemacht. Zu diesem Zeitpunkt waren die empirischen Ergebnisse auch nicht eindeutig. Einen erhellenden Vergleich West- und Ostdeutschland gab es noch nicht.

Mises` großes Verdienst war es zu beweisen, dass der Sozialismus eben nicht zu mehr Wohlstand als der Kapitalismus führt; sondern vielmehr in die chaotische Armut. Dadurch nimmt er dem Sozialismus einen Großteil seiner Attraktivität.

Sozialismus kann nicht funktionieren, weil er eine Wirtschaftsrechnung unmöglich macht.[[1]](#footnote-1) Selbst wenn es gelänge, eine neue Art Mensch im Sozialismus zu schaffen, die selbstlos und hochmotiviert für das Kollektiv arbeitete, wäre der Sozialismus zum Scheitern verurteilt.

Mises definiert den Sozialismus als eine Gesellschaftsform mit Gemeineigentum an den Produktionsmitteln. Seine Gegenform ist der Kapitalismus, der sich durch Privateigentum an den Produktionsmitteln auszeichnet. Im Sozialismus sind alle Rohstoffe, Transportmittel, Vorprodukte, Maschinen, Infrastruktur und Fabriken in Staatshand.[[2]](#footnote-2) Es gibt keine Unternehmer, die in der Hoffnung Gewinne zu erwirtschaften, Transportmittel kaufen, Rohstoffe handeln, Arbeitskräfte einstellen, Maschinen anschaffen oder ganze Fabriken erwerben. Da alle Produktionsmittel im festen Griff des Staates sind, werden sie nicht im Markt gehandelt. Es gibt daher auch keine Marktpreise für Rohstoffe, Arbeitsleistungen, Energie, Maschinen, etc. Ohne Preise kann man jedoch nicht rechnen. Einnahmen und Ausgaben sind nicht anhand von Preisen vergleichbar. Somit kann der staatliche Planer nicht die wirtschaftlichste Produktionsweise wählen. Es kommt unweigerlich zu Verschwendung.

Nehmen wir zur Veranschaulichung einmal an, ein sozialistischer Staat möchte allen seinen Untertanen ein Tablett zur Verfügung stellen. Nun gibt es aber unzählige Möglichkeiten ein solches Gerät mit den gleichen technischen Fähigkeiten zu erzeugen. So können die eingebauten Computerchips alternativ aus Kupfer, Silber, Gold, Platin oder Silicium gefertigt sein. Das Tablett ist jeweils gleich schnell. Welche Option sollte man wählen? Offensichtlich bietet sich die billigste Variante an. Aber ohne Marktpreise kann der staatliche Planer nicht wissen, welche Alternative die günstigste ist. Er tappt im Dunkeln. Denn die Kostenrechnung ist im Sozialismus unmöglich.

Betrachten wir ein weiteres Beispiel. Ein wohlmeinender sozialistischer Diktator möchte dafür sorgen, dass es seinen Untertanen im Winter nicht zu kalt wird. Da er über alle Arbeitskräfte und Ressourcen in seiner Volkswirtschaft frei verfügen kann, kommen ihm verschiedene Möglichkeiten in den Sinn. Er könnte in jedem Haus einen Holzofen errichten lassen und in der kalten Jahreszeit 25% der verfügbaren Arbeitskräfte zum Holzhacken in die Wälder schicken. Alternativ könnte er 75% seiner Arbeiter auf stromerzeugenden Fahrrädern strampeln lassen, und die Häuser elektrisch heizen. Er erwägt zudem seine Arbeitsarmee daran zu setzen, die Häuser besser zu isolieren. Ferner könnte er auf den Dächern Solaranlagen installieren lassen, was jedoch seine Zeit dauert und technologisch anspruchsvoll ist. Schließlich könnte er auch ein Atomkraftwerk errichten lassen, was aber zeitlich noch aufwendiger ist.

Welche Möglichkeit ist die beste?

Jede hat ihre Kosten. Einige Optionen verbrauschen mehr an Arbeit, einige mehr an Holz, andere mehr an Uran. Auch in der zeitlichen Länge unterscheiden sie sich. Jede Alternative verbraucht bestimmte Ressourcen und Arbeitskräfte, die nicht gleichzeitig für andere Projekte zur Verfügung stehen. Wählt der Diktator die Fahrradvariante, hat er 75% der arbeitenden Bevölkerung in Beschlag genommen, die nun keine anderen Güter mehr herstellen können. Wählt er die Ofenoption sind es nur 25% der Arbeiter. Dafür kann das verheizte Holz nicht mehr in der Möbelproduktion eingesetzt werden und die im Sommer als Erholungs- und Ausflugsziel dienenden Wälder schrumpfen. Wiederum andere Kosten fallen bei der Isolier- der Solar- und der Atomkraftalternative an.

Der Diktator kann die Alternative frei wählen. Ihm gehört ja alles. Aber aus eben diesem Grunde, gibt es auch keine Preise für Arbeit, Holz, Uran, etc. Er kann die Kosten nicht monetär vergleichen.[[3]](#footnote-3) Seine Entscheidung ist vollkommen willkürlich. Wählt er die Ofenvariante, vermag er nicht zu wissen, ob die von ihm produzierte Wärme in den Augen der Menschen mehr wert ist als die zur Wärmeerzeugung eingesetzten Ressourcen. Ist die Wärme im Winter den Leuten wichtiger als die Produkte, die nun nicht mehr produziert werden können, weil so viele Menschen zum Holzhacken abgestellt sind? Würden die Menschen nicht lieber im Sommer einen unberührten Wald genießen oder aber sich feiner Holzmöbel erfreuen?

Der Diktator kann die Antwort auf diese Fragen nicht wissen. Ihm fehlen die Preise. In einer Marktwirtschaft würde ein Unternehmer Verlust einfahren, wenn die Kosten für das Fällen der Bäume die Einnahmen aus dem Brennholzverkauf übersteigen. Der sozialistische Planer agiert zwangsläufig blind. Sein System versinkt in der Unordnung, im „geplanten Chaos“.[[4]](#footnote-4)

Wenn die Wirtschaftsrechnung im Sozialismus unmöglich ist und dieser daher im Chaos endet, was sind dann die Alternativen? Muss es denn wirklich der ungezügelte Kapitalismus sein? Sind nicht alle Extreme schlecht? Gibt es keinen Mittelweg, der das Chaos des Sozialismus und die Übertreibungen des freien Marktes überwindet? Was ist mit einem dritten Weg, in dem der Staat nur korrigierend in den Markt eingreift und sich des Preissystems bedient?

Auch heute würden wohl die meisten Menschen einen solchen dritten Weg verteidigen. Ihrer Auffassung nach sollte es neben dem freien Markt zumindest in manchen Bereichen staatliche Alternativen für Bedürftige geben. Ein staatliches Bildungs- oder Gesundheitssystem sei weder Sozialismus noch schaltete es den Markt ganz aus. Das Privateigentum bliebe bestehen. Der Leiter einer Staatsschule oder eines öffentlichen Krankenhauses, die Lehrer und Ärzte, wollten doch für Patienten und Schüler auch nur das Beste, versuchten effizient handeln und könnten sich dazu der Marktpreise bedienen. In mancher Hinsicht seien diese Staatsunternehmen den nur auf kurzfristigen Profit ausgelegten Privatinstitutionen sogar überlegen; so hört man immer wieder.

Dieser weitverbreiteten Argumentation widmet sich Ludwig von Mises in seiner Bürokratiekritik.[[5]](#footnote-5) Der österreichische Ökonom weist darauf hin, dass Unternehmer und Bürokraten in einem grundverschiedenen Umfeld agieren. Der Unternehmer riskiert sein eigenes Kapital. Wenn er die Bedürfnisse der Konsumenten besser befriedigt als seine Konkurrenten und im Verhältnis zu seinen Verkaufspreisen die Produktionsfaktoren günstig einkauft, realisiert er Gewinne. Diese Gewinnerwartung treibt ihn zu diesen Höchstleistungen.

Das Handeln des Unternehmers wird durch seine Gewinnabsicht geleitet.[[6]](#footnote-6) Jede seiner Entscheidungen fällt vor diesem Hintergrund: Soll er diesen Arbeiter zusätzlich einstellen, jenem Arbeiter das Gehalt erhöhen, einen größeren Transportwagen anmieten, Rohstoffe auf Lager legen, eine Werbekampagne im Internet starten, Preisnachlass für Vielabnehmer gewähren? All diese Entscheidungen sind nicht willkürlich. Der Unternehmer schätzt wie sich diese Entscheidungen auf den Gewinn auswirken. Er hat damit eine klare Richtlinie.

Ganz anders der Bürokrat. Er handelt in einem unterschiedlichen Umfeld. Denn er riskiert nicht sein eigenes Kapital. Vielmehr bekommt er seine Ausgaben im Zweifelsfalle vom Staat bezahlt. Genauer: Falls seine Einnahmen nicht die Ausnahmen decken, kommt der Staat für die Differenz auf. Aufgrund dieser radikal anderen Voraussetzungen wird der Bürokrat daher tendenziell anders handeln als sein Gegenüber im Privatsektor. Zumindest kann er es sich *erlauben,* anders zu handeln. Aber nach welchen Kriterien handelt der Bürokrat überhaupt, wenn das Gewinnmotiv als Orientierung ausfällt?[[7]](#footnote-7) Wie soll er die oben genannten Fragen beantworten? Wie viele Leute soll er einstellen, welche Gehälter zahlen, und wie die Produktionsabläufe strukturieren?

Um Willkür und Chaos einzuschränken, bleibt dem Staat nichts anderes übrig, als das Verhalten des Bürokraten zu streng regulieren und ihm für bestimmte Fälle genaue Handlungen vorzuschreiben. Die Anweisungen sind aus ihrer Natur heraus inflexibel und starr. Es ist einfach unmöglich, für alle möglichen Fällen Anweisungen zu geben oder die künftigen Probleme und Fälle vor ihrem Entstehen klar vorherzusehen. So ergeben sich die inflexiblen Reglementierungen, denen der Bürger in Behörden begegnet. Die dort sitzenden Bürokraten können nicht gewinnorientiert sein. Sie handeln in einem anderen institutionellen Umfeld. Ihr Verhalten richtet sich nicht nach dem Wohle der Kunden zwecks Gewinnerzielung. Im Einwohnermeldeamt steht vielmehr die Regelbefolgung im Vordergrund. Ausnahmen gibt es nicht. Wer auf dem Passfoto die Augen schließt, bekommt den Pass nicht. So schreiben es die Richtlinien dem Bürokraten vor.

Die Gewinnorientierung und Verlustvermeidungsabsicht unterscheidet damit grundsätzlich die Entscheidungsvoraussetzung von Bürokraten und Unternehmern. Gewinn und Verlust sind elementare Bestandteile einer Marktwirtschaft wie Ludwig von Mises eindrucksvoll klarstellt.[[8]](#footnote-8) Sie zeigen dem Unternehmer an, welche Handlungen er vollziehen und welche er besser meiden sollte, will er im Geschäft bleiben.

Unternehmer versuchen, die künftigen Bedürfnisse ihrer Mitmenschen zu antizipieren. Besonders erfolgreiche Unternehmen sehen diese Bedürfnisse, bevor sich die Konsumenten sich selbst ihrer bewusst werden. Steve Jobs von Apple sah beispielsweise voraus, dass ein intuitiv zu bedienendes, qualitativ-hochwertiges Tablett wie das IPAD großen Anklang finden würde.

In einem zweiten Schritt schätzen die Unternehmer den Preis, den sie für ihr Produkt erzielen können. In Funktion der erwarteten künftigen Zahlungsbereitschaft der Konsumenten bieten die Unternehmer dann um die Produktionsfaktoren. Sie agieren dabei unter Untersicherheit, denn die Kosten ihrer Produktionsfaktoren entstehen in der Gegenwart. Der Absatzpreis ihres Produktes fällt in der Zukunft an, und ist damit unsicher.

Die Obergrenze für den Preis, den Unternehmer für die Produktionsfaktoren bieten können, ist eben diese von ihnen geschätzte Zahlungsbereitschaft der Konsumenten. Die Untergrenze für den für die Produktionsfaktoren gebotenen Preis wird durch das Bieten der anderen Unternehmer gesetzt, die ebenfalls um die Produktionsfaktoren konkurrieren. Genauso wie die Obergrenze wird damit auch die Untergrenze indirekt durch die Konsumenten bestimmt. Die konkurrierenden Unternehmer bieten nämlich ebenfalls um die Produktionsfaktoren in Funktion der von ihnen erwarteten Zahlungsbereitschaft der Konsumenten für die jeweiligen Produkte. Damit steuern die Konsumenten die Produktion. Die Unternehmer sind lediglich die Befehlsempfänger, oder besser Befehlsvorausahner und setzen die Produktionsfaktoren tendenziell in der Produktion ein, die den Konsumenten am wichtigsten ist.

Überschätzt ein Unternehmer den Preis, den er für sein Produkt zu erzielen vermag und bietet in der Folge einen zu hohen Preis für die Produktionsfaktoren, erleidet er einen Verlust. Er kann die Kosten Produktionsfaktoren nicht mit seinen Umsätzen hereinholen. Er hat für sein Projekt Produktionsfaktoren akquiriert, die besser in anderen Projekten benutzt worden wären. In jenen Alternativprojekten hätten Gewinne erzielt werden können, da die Konsumenten das Produkt im Vergleich zu den Kosten der Produktionsfaktoren höher bewerten. Unterschätzt hingegen der Unternehmen den künftigen Verkaufspreis und bietet den Produktionsfaktoren eine zu geringe Entlohnung an, so kommen sie in anderen Projekten zur Nutzung.

Gelingt es dem Unternehmer Produktionsfaktoren für sein Projekt zu erwerben, und in der Zukunft sein Produkt mit Gewinn zu verkaufen, dann hat er im Sinne der Konsumenten gut gehandelt. Er hat die knappen Ressourcen der Gesellschaft nicht verschwendet, wie sein verlusterleidender Kollege. Vielmehr hat er ein Produkt erzeugt, das den Konsumenten mehr Wert ist als die zur Herstellung eingesetzten Produktionsfaktoren.

Kommen wir noch einmal zum IPAD-Beispiel zurück. Angenommen Steve Jobs schätzt, dass er ein IPAD zu €500 in einer hohen Stückzahl verkaufen kann. Dann kann er in Funktion dieser Schätzung um die Produktionsfaktoren bieten. Er kann Programmierer von Microsoft abwerben, indem er ihnen ein wenig mehr zahlt als bisher. Er kann eine Fabrik in China anmieten, Rohstoffe erwerben etc. Dabei bindet ihn die erwartete künftige Zahlungsbereitschaft für das IPAD.

Schätzt er den künftigen Preis für das IPAD auf €1000 kann er den Programmierer noch viel höherer Gehälter anbieten und eine größere Anzahl bei der Konkurrenz abwerben. Schätzt er den Preis nur auf €100 kann er entsprechend weniger für die Ressourcen bieten und abwerben. Möglicherweise wird sein Projekt dann auch unrealisierbar.

Schätzt Jobs den IPAD-Preis hoch genug ein, um der Konkurrenz Ressourcen abjagen zu können, so muss die Konkurrenz ihre Produktion unter das anderweitig erreichte Niveau absenken. Eine Fabrik, die vielleicht früher PC´s produziert hat, stellt jetzt das IPAD her. Ein Programmierer für PC-Software bastelt nun im Auftrag für Apple an neuen Applikationen für das IPAD.

Behält Steve Jobs Recht legen sich die Konsumenten massiv anstatt neuer PCs die begehrten IPADs zu. Zahlt er relativ wenig für die Produktionsfaktoren im Vergleich zu seinem Produktverkaufspreis, erwirtschaftet der einen Gewinn. Die PC-Industrie schrumpft, und der Tablettmarkt wächst.

Behält Steve Jobs Unrecht, erleidet er einen Verlust. Er hat zur Verschwendung der knappen Ressourcen der Gesellschaft beigetragen, indem er für die Produktionsfaktoren zu viel gezahlt und von anderen -in den Augen der Konsumenten wichtigeren- Projekten abgezogen hat. Die Fabrik hätte weiterhin PCs herstellen und der Programmierer PC-Software basteln sollen.

Über ihre Konsumentscheidungen und die daraus resultierenden Gewinne oder Verluste steuern die Konsumenten die Produktion. Für ein Staatsunternehmen fällt diese Steuerung durch Gewinn und Verlust weg. Natürlich werden in einem staatlichen Krankenhaus oder eine staatlichen Hochschule Leistungen erbracht, die die Menschen positiv bewerten – sonst gingen sie ja dort nicht hin. Aber da diese staatlichen Unternehmen dem Marktprozess mit Gewinn und Verlust entzogen sind, kann man nie wissen, ob die benutzten Ressourcen nicht verschwendet werden.

Wie viele Krankenhäuser braucht die Gesellschaft? Eines pro Kontinent, eines pro Staat, eines in jedem Bundesland, eines in jeder Großstadt, eines in jedem Stadtteil, eines pro Wohnblock oder braucht sogar jeder Mensch einen eigenen OP-Raum und Notaufnahme? Klar ist, je näher eine Notaufnahme, desto besser. Desto mehr Leben können gerettet werden. Natürlich entstehen dann aber Kosten. Wenn jeder Mensch sein Privatkrankenhaus erhält, muss die Produktion anderer Güter, wie die Lebensmittelproduktion oder Kulturangebote enorm beschnitten werden.

Wie viele und welche Art von Bildungsstätten, Kulturveranstaltungen, Urlaubsreisen, Lebensmitteln, Transportvehikel, Sportparks, Gesundheitsleistungen oder Sicherheitprodukte soll es geben? Was ist die optimale Mischung? Die optimale Mischung aus Sicht der Konsumenten ergibt sich in dem wettbewerblichen Prozess auf dem freien Markt, in dem die Unternehmer geleitet von Gewinnen und Verlusten konkurrieren. Eine staatliche Entscheidung über den Mix ist aus Sicht der Konsumenten immer willkürlich und ineffizient. Sie führt zu einer relativen Verarmung der Gesellschaft.

Neben diesen grundsätzlichen Überlegungen zum Fehlen von Gewinn und Verlusten für Staatsunternehmen und Bürokratien hat Ludwig von Mises noch ein weiteres gewichtiges Argument gegen den sogenannten Mittelweg zwischen Sozialismus und Kapitalimus hervorgebracht. In seinem Buch *Die Kritik des Interventionismus* von 1929 weist der auf die Instabilität des Interventionismus hin.

Staatliche Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen verzerren nicht nur das übliche Zusammenspiel der Akteure, sondern verleiten auch zu immer weiteren Eingriffen und damit einem Anschwellen der Staatsmacht. Mises erklärt, dass Interventionen zu von ihren Befürwortern unbeabsichtigten Problemen führen, die entweder die Rücknahme des ursprünglichen Eingriffes erfordern oder Folge­interventionen zur Lösung dieser neuen Probleme veranlassen.[[9]](#footnote-9) Die Folgeinterventionen zeitigen ebenfalls unerwünschte Konsequenzen, die dann gegebenenfalls mit weiteren Eingriffen bekämpft werden. Eine Interventionslawine gerät in Bewegung und begräbt die freie Wirtschaft unter sich.

Mises veranschaulicht diese Dynamik mit dem Beispiel von Maximalpreisen, die unter dem Marktpreis liegen. Mit den Maximalpreisen sollen auch weniger kaufstarke Menschen diese Produkte erwerben können. Der Österreicher zeigt, dass aus Sicht der Befürworter des Eingriffs unweigerlich ungewollte Folgen entstehen. Wegen der Maximalpreise werden Produzenten ihre Erzeugnisse zurückhalten anstatt mit Verlust zu verkaufen. Man denke an Mietpreisbindungen, die dazu führen, dass die Eigentümer Wohnungen vom Markt nehmen. Dies ist aus Sicht der Interventionisten jedoch ungewollt. Die Wohnungsknappheit wird noch verschärft.

Darauf könnte der Staat mit dem Befehl reagieren, die Bestände zu verkaufen (oder im Falle der Wohnung zu vermieten). Sind die Bestände aber einmal verkauft oder die Wohnungen heruntergewirtschaftet, wird die erneute Produktion eingestellt. Neubauten zur Vermietung lohnen einfach nicht.

Um die Produktion wieder rentabel zu machen, muss der Staat weiter eingreifen. Er muss die Arbeitslöhne und Preise der anderen relevanten Produktionsfaktoren regulieren, in dem er sie so weit herabsetzt, dass sich die Produktion trotz Maximalpreisen wieder lohnt.[[10]](#footnote-10) So kann der Staat die Löhne von Bauarbeitern oder Zement per Befehl senken, um den Wohnungsbau wieder lukrativ zu machen. Ohne diese weiteren Maßnahmen käme es zur Knappheit des Produktes, was ja nicht im Sinne der Befürworter des Eingriffs ist.

Jedoch führt die Preisregulierung bei den Inputfaktoren zu weiteren Problemen. Die Besitzer dieser Inputfaktoren werden sich in anderen Bereichen der Wirtschaft nach Verwendungen umsehen, in denen die Preise noch frei sind und höhere Verdienste zu erzielen sind. Der Wohnungsbau wird durch Abfluss von Produktionsfaktoren in andere Industrien schrumpfen. Kapital fließt in gewinnbringender Projekte.

Als Ausweg verbleibt für die Eingriffsbefürworter, die Interventionsspirale weiter zu drehen und auch die Preise der restlichen Märkte zu regulieren. Die Preise in jedem Sektor werden einfach so festgesetzt, dass die Produktion nach den Vorstellungen der Interventionisten verläuft. Zudem muss ein Arbeitszwang eingeführt werden. Es kommt letztlich zur planwirtschaftlichen Produktionssteuerung. Über die Interventionsspirale ist man im Sozialismus gelandet.

Das Drehen der Interventionsspiral lässt sich auch sehr schön mit dem Aktionismus der Europäischen Zentralbank, EZB, veranschaulichen, die sich von einem Eingriff ins Geldwesen zum nächsten, zum Allesretter und Kontrolleur aufgeschwungen hat.[[11]](#footnote-11) Das Unheil nahm seinen Lauf seit dem Jahr 2001, als die EZB der aggressiven Zinssenkungspolitik der amerikanischen Notenbank, Federal Reserve, folgte. Der Zinssatz wurde nach unten manipuliert.

Besonders in der europäischen Peripherie kam es zu einer enormen Kreditausweitung. Es wurden Kredite vergeben, die nicht durch reale Ersparnisse, d. h. Konsumverzicht, gedeckt waren, sondern einfach aus dem Nichts geschaffen wurden. Es wurden Investitionen finanziert, die letztlich nicht tragfähig waren – wegen der fehlenden Ersparnisse.

Mit der günstigen Liquidität alimentiert, expandierte der Bankensektor, boomte der Immobilienmarkt und wucherten gewaltige Wohlfahrtsstaaten heran – die Politik­eliten bedienten sich großzügig. Die EZB-Liquiditätsschwemme blähte Blasen auf und erzeugte Verzerrungen, wohin man blickte.

Wie bei allen Interventionen gab es zwei grundsätzliche Möglichkeiten, auf die selbstgeschaffenen Probleme zu reagieren. Erstens konnte die EZB ihre Eingriffe rückgängig machen, die Zinsen deutlich erhöhen und Liquidität abschöpfen. Das hätte viele Akteure getroffen, die nur künstlich am Leben erhalten wurden und werden. Es wäre zu einer großen, schmerzhaften, aber auch schnellen Bereinigung gekommen. Der Immobiliensektor wäre kollabiert. Der Finanzsektor hätte sich gesundgeschrumpft. Ganze Staaten hätten Bankrott anmelden und ihre Ausgaben massiv einschränken müssen.

Die EZB entschied sich 2008 wie andere Notenbanken für die zweite der beiden Möglichkeiten, um auf die Probleme des Interventionismus zu reagieren: Folgeinterventionen. Sie senkte die Zinsen und pumpte weitere Liquidität in den Markt. So konnten Immobilienunternehmen überleben, oder ihr Ableben hinauszögern, und Bauprojekte beenden. Als der Interbankenmarkt zusammenbrach sprang die EZB auch für die Banken in die Bresche. Sie senkte wiederholt die Anforderungen für die Sicherheiten bei Refinanzierungsgeschäften und erhöhte die Laufzeit ihrer Kredite – mit den längerfristigen Refinanzierungsgeschäften (LTRO) auf drei Jahre –, die sie unbegrenzt vergibt. Nicht zu vergessen ist auch der Rettungsschirm ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus), mit dem die Banken demnächst direkt rekapitalisiert werden können. Indirekt wird auch der ESM durch die EZB finanziert; denn die EZB finanziert Staaten und Banken, die wiederum den ESM  mit Geldern ausstatten.

Aber war mit der Abfolge dieser bisher nie dagewesenen Eingriffe die Situation bereinigt? Nein, die Bankenrettung war nicht komplett ohne eine Staatsrettung. Die Interventionsspirale musste sich weiterdrehen. Denn Banken finanzieren die Staaten. Also muss die EZB die Staaten finanzieren, sonst gehen diese Konkurs und ziehen die sie finanzierenden Banken mit hinab. Zudem hilft die Staatsrettung den Banken, da die Staaten deren Einlagen garantieren und mit Steuergeldern retten. Nach der Logik des Interventionismus muss man also beide retten – Staaten und Banken.

So half die EZB auch bei der Rettung von Regierungen. Dabei hatte sie selbst durch ihre expansive Geldpolitik die Überschuldung forciert und beim Aufbau überdehnter Wohlfahrtsstaaten mitgeholfen. Schon vor 2010 akzeptierte die EZB Staatsanleihen aus der Peripherie als Sicherheit für Bankkredite. Alle Mitgliedstaaten konnten Anleihen ausgeben, die die Banken kauften, weil sie gegen Hinterlegung dieser Anleihen bei der EZB neues Geld von der EZB bekommen konnten.

Im Mai 2010 ging die EZB dann noch einen Schritt weiter, indem sie begann, direkt Staatsanleihen, zunächst von Griechenland, später auch von anderen Problemländern aufzukaufen, um den Marktteilnehmern zu versichern, dass sie den Interventionspfad nicht verlassen würde.

Um Staatsanleihen bei der EZB als Pfand für neue Kredite hinterlegen zu können, benötigen diese Anleihen ein Mindestrating. Auch hier schritt die EZB ein und setzte die Mindestratings für griechische, portugiesische und irische Staatsanleihen herab, um diese Staaten zu unterstützen. Selbst eine Einstufung als Ramschanleihe ist heute zur Hinterlegung erlaubt.

Die Emergency Liquidity Assistence, kurz ELA, war dann ein weiterer Eingriff, um Ratinganforderungen der EZB zu umgehen. ELA ermöglicht es den nationalen Notenbanken eigenständig Geld zu schaffen, um ihre Regierungen und Banken zu finanzieren. Doch nicht genug. Im September 2012 sah sich EZB-Präsident Mario Draghi gezwungen, noch einen drauf zu setzen. Er versprach, unbegrenzt Anleihen von Staaten zu kaufen, die unter den Rettungsschirm schlüpfen. Wie beabsichtigt fiel die Verzinsung von Südanleihen und wendete den in Spanien drohenden Staatsbankrott vorerst ab. Nur dank dieser EZB-Rettungen rettete sich die Eurozone ins Jahr 2013.

Wie bei Interventionen üblich zeitigt die EZB-Rettungsorgie unerwünschte Nebenwirkungen. Die  Zinssenkungen haben Unternehmen das Überleben verlängert, die besser sofort untergegangen wären. Denn in diese Unternehmen flossen Kredite, die für eine Umstrukturierung der Wirtschaft dringend an anderer Stelle benötigt worden wären. So stecken knappe Ersparnisse und Produktionsfaktoren zum Beispiel in Wert vernichtenden spanischen Bauunternehmungen fest. Diese Ressourcen fehlen für neue, nachhaltige Investitionsprojekte. Der Aufschwung verzögert sich, Arbeitsplätze entstehen nicht.

Die Bankenrettung verzögert das Gesundschrumpfen der Finanzindustrie. Vor allem in der Peripherie wandeln Zombiebanken, die in ihren Büchern faule Kredite und Immobilienbesitz stehen haben. Diese Positionen werden nicht abgeschrieben, weil die Banken sonst offenkundig insolvent wären. Mittels EZB-Liquidität werden diese Banken künstlich am Leben erhalten. Die Banken müssen ihren Immobilienbesitz nicht verkaufen und verhindern damit eine rasche Anpassung der Immobilienpreise, die den Markt wiederbeleben würden. Aufgrund der allgemeinen Fragilität des Finanz- und Staatssektors und hohen regulatorischen Unsicherheit vergeben die Banken kaum Kredite – und wenn, dann an ihre Regierungen.

Auch die Staatsrettungen verzögern den Aufschwung. Gescheiterte Eurostaaten gehen nicht Konkurs und müssen ihre Ausgaben daher nicht ihren Einnahmen anpassen. Defizite und öffentliche Verschwendung laufen – ein wenig gedrosselt – weiter und blockieren eine schnelle Belebung. Der Druck zu unbeliebten Reformen wird von den Regierungen genommen. Er erschöpft sich in mahnenden Worten der internationalen Gläubiger.

Eine andere Folge der Rettungsspirale ist die stetige, noch kaum merkliche Umverteilung. Immer wenn neues Geld geschaffen wird, gewinnen diejenigen, die es zuerst erhalten: hier die geretteten Unternehmen, Banken und Staaten. Sie gewinnen auf Kosten derer, die das neue Geld als letzte erhalten und sich mit höheren Preisen konfrontiert sehen, als es sonst gegeben hätte. Kontinuierlich fließt Reichtum über die EZB von den Geldnutzern zu Blasenunternehmern, von der Real- in die Finanzwirtschaft, von Nord- nach Südeuropa. Beispielsweise verlieren deutsche Sparer ihr Vermögen schleichend zugunsten spanischer Banken oder Rentner.

Wer wie die EZB nicht nur rettet, sondern auch künftige Rettungen verspricht, darf sich zudem nicht wundern, dass in der Zukunft weitere Rettungen erforderlich werden müssen. Einmal in der Logik der Interventionsspirale gefangen, dreht sich das Rettungs-Perpetuum-mobile immer schneller.

Zudem erhöhen die Rettungen zwangsläufig die Macht der EZB, die beansprucht, den Geretteten bestimmte Verhaltensweisen vorzuschreiben. Durch die Bankenunion soll beispielsweise die EZB die Banken beaufsichtigen und gegebenenfalls auch liquidieren können. Doch die Liquidierung nicht tragfähiger Banken würde der EZB, welche die Banken durch Kredite ja unterstützt, selbst Verluste zufügen. Der Retter wird vom Geretteten immer abhängiger und muss immer weiter retten, um Verluste zu vermeiden.

Ähnlich liegt es bei den Staatsrettungen. Indem die EZB – durch das Versprechen unbegrenzten Aufkaufs von Staatsanleihen – die unbegrenzte Finanzierung von Staatsausgaben bei Inanspruchnahme des Rettungsschirms verspricht, betreibt sie eifrig Fiskalpolitik. Die EZB möchte indirekt entscheiden, welche Reformen und Ausgaben in den geretteten Ländern getätigt werden. Diese Macht der EZB ist gleichzeitig ihre Schwäche. Mit jeder Rettungsaktion macht sie sich verletzlicher und abhängiger von der Politik. Ein Zurückfahren der Eingriffe, ein Bremsen der Liquiditätszufuhr, eine Rücknahme der Rettungsversprechen, würde den Konkurs von Banken und Staaten bedeuten – und damit auch den Konkurs von deren größtem und finalem Gläubiger: der EZB selbst.

Retter und Gerettete sitzen in einem Boot. Nur weitere Rettungen und die Beschleunigung der Notenpresse können den Euro ohne Konkurse zusammenhalten. In Konkurs gehen wird dann jedoch der Gedanke der Geldwertstabilität.

Macht und politische Abhängigkeit der EZB werden weiter steigen, die Zentralisierungstendenzen zunehmen. Ein nächster Schritt in der Inter­ventionslogik könnte die Banklizenz für den ESM oder die Einführung von Eurobonds sein. Wenn man den Weg des Interventionsschneeballs zu Ende geht, gelangt man zu den von Trichet und einigen Südpolitikern geforderten Vereinigten Staaten von Europa. Denn die Rettungsaktionen werden ein europäisches Wirtschaftsministerium und schließlich einen Europäischen Zentralstaat legitimieren, der die Fiskalpolitik überwacht. Nach Ausschaltung des Systemwettbewerbs, und vor allem des Steuerwettbewerbs, werden Umverteilung, unverantwortliches Handeln und Staatswachstum sich noch ungezügelter ausleben. Ein derartiger Europäischer Superstaat steht am Ende des durch im europäischen Geld- und Bankenwesen beschrittenen Interventionspfads. Die Alternative ist ein Ende der Rettungspolitik, die dann aber eine Reihe von Folgeproblemen wie Banken- und Staatspleiten und vor allem die Frage nach einem stabileren marktwirtschaftlicheren Währungssystem nach sich zieht.

Der Interventionimus ist in sich mithin nicht stabil – das ist Mises´ Hauptargument. Zwar kann es von mehr zu weniger Interventionismus hin- und herschwanken. Aber es bleibt nicht still. Immer stellt sich die Frage, soll ein Eingriff zurückgenommen werden, weil er eine unbeabsichtigte Folge zeitigte, oder soll diese Folge mit weiteren Eingriffen bekämpft werden.

Übrigens gilt das umgekehrte Argument auch für die Rücknahme von Eingriffen. Die Einstellung eines Staatseingriffs löst Druck aus, weitere Eingriffe zurückzunehmen. Wird im Maximalpreisbeispiel der Arbeitszwang und die allumfassende Preisregulierung aufgehoben, ohne die Preisregulierung in der Bauindustrie mit aufzuheben, sind wir wieder bei dem Problem, dass Produktionsfaktoren in andere Industrien abfließen. Will man dies vermeiden, muss die Inputpreisregulierung und schließlich die ursprüngliche Intervention des Maximalpreises abgelöst werden.

Ähnliche Implikationen besitzt Mises´ Interventionismuskritik für Reformpläne. Isolierte Reformpläne führen häufig zu Problemen, die aus noch anderen bestehenden Staatseingriffen resultieren. Diese Probleme werden dann häufig als Hauptgegenargument gegen die Reformen hervorgebracht.

Man könnte hier auch von einer Spirale des Desinterventionismus sprechen. Oftmals führt eine Reform aus Sicht ihrer Befürworter (und interventionistischen Gegner) zu Problemen. Sie stehen dann vor der Frage, die Reform oder Desintervention zurückzunehmen, begleitende Staatseingriffe einzusetzen oder aber die Logik der Desintervention fortzusetzen, was wiederum zu ungewollten Problemen führen kann. So sind auch Reformvorschläge vielmals in sich instabil, da sie nur Teilbeschneidungen eines interventionistischen Staates sind. Nur eine vollständige Einstellung von Staatseingriffen würde diese Probleme vermeiden und im Misesschen Sinne zu einem stabilen System, einer freien Marktwirtschaft führen.

Als Beispiel sei eine Umstellung von einem staatlichen umlagefinanzierten auf ein privates kapitalgedecktes Rentensystem genannt. Bei einer plötzlichen Umstellung hingen viele Leute in der Luft, die auf eine staatliche Rente im Alter gebaut haben. Nun könnte man argumentieren, dass sie einfach von ihren Kindern unterstützt werden. Jedoch sind nicht zuletzt durch die Anreize des Umlageverfahrens die Geburtenraten stark zurückgegangen.

Zusätzlich könnten Spenden der arbeitenden Generation, die ältere Generation in Härtefällen unterstützen. Um die Spendenbereitschaft zu erhöhen, könnten die Steuern gesenkt werden. Die Steuersenkung ist jedoch bereits die Einstellung oder Milderung eines weiteren Staatseingriffs als Folge der ersten Reform. Zusätzlich könnte die Möglichkeit das Arbeitsleben auszudehnen vergrößert werden, um Zusatzverdienste im Alter zu erleichtern. Dazu müsste der Arbeitsmarkt flexibilisiert werden. Weitere Eingriffe würden dann gestrichen.

Kann aber eine kapitalgedeckte Rente im Zeitalter der finanziellen Repression überhaupt ausreichend sein? Viele Ersparnisse werden in die Taschen des Staates umgeleitet. Versicherungen, Investmentfonds und Banken werden durch Regulierungen gezwungen, einen Großteil der Ersparnisse in niedrigverzinsten Staatsanleihen anzulegen. Generell sind die Zinsen dank Expansionspolitik der Zentralbanken auf einem Niedrigstand. Es wird immer schwieriger eine angemessene reale Verzinsung in inflationären Zeiten zu erwirtschaften und damit privat fürs Alter vorzusorgen. Eine kapitalgedeckte, private Rente ist im heutigen System von hoher staatlich-erzeugter Unsicherheit bedroht.[[12]](#footnote-12) Um eine private Altersvorsorge zu erleichtern, müsste daher die sogenannte finanzielle Repression eingestellt werden. Die Finanzmarktregulierungen müssten aufgehoben, der Niedrigzinspolitik Einhalt geboten werden.

Diese Desintervention würde jedoch zum einen die Staatsfinanzierung in Frage stellen und müsste in der Folge ein starkes Absenken der realen Staatsausgaben und der Rolle des Staates in Wirtschaft nach sich ziehen. Zum anderen würde ein Wegfall der Finanzmarktregulierung eine Umstellung des Währungssystems ratsam machen. Denn eine ungebremste Geldproduktion des Bankensystems würde neue gewichtige Probleme erzeugen.

Ein Währungssystem, in dem die Banken nicht mehr Geld aus dem Nichts schaffen können, sondern dem Privatrecht unterworfen sind, hätte außerdem den Vorteil weniger inflationär zu sein, was die Sparanreize erhöhte und die private Altersvorsorge einfacher gestaltete. Die Einführung eines vollgedeckten Goldstandards würde die Problematik der Einstellung des umlagefinanzierten Rentensystems damit reduzieren und die Umstellung auf ein kapitalgedecktes System erleichtern.

Die Reform des Währungssystem würde aber zu Insolvenzen von Unternehmungen führen, die sich dem heutigen inflationären Geldsystem angepasst, sich überschulden haben und auf seinen Bestand angewiesen sind. Auch kann ein vollgedeckter Goldstandard tendenziell zu fallenden Preise führen, wenn die Goldproduktion hinter dem Wirtschaftswachstum zurück bleibt und damit überschuldete Unternehmen vor Probleme stellen.

Eine Umstellung des Währungssystems sollte daher mit einer Flexibilisierung der Faktormärkte einhergehen; vor allem des Arbeitsmarktes. Zum einen wird so bei Insolvenz überschuldeter Unternehmen die Umleitung der von ihnen in Beschlag genommenen Produktionsfaktoren in neue, gewinnträchtigere Unternehmen erleichtert und einer anhaltenden Massenarbeitslosigkeit vorgebeugt. Zum anderen wird eine Flexibilität ermöglicht, die einem Währungssystem angemessen ist, in dem die Preise nicht kontinuierlich steigen, sondern auch fallen können.

Wie gesehen gibt es nicht nur eine Interventions- sondern auch eine analoge Reform- oder Disinterventionsspirale. Reformen kollidieren mit noch existierenden Interventionen. Der Druck diese abzubauen und das Gewicht des Staates zu reduzieren wird dadurch größer. Werden diese Interventionen weiter abgebaut, entstehen wiederum Reibungen mit anderen noch existierenden Eingriffen, und so weiter. Damit ist auch der Reformweg in sich instabil. Entweder er wird entschieden zu Ende gegangen, bis ein kapitalistisches Wirtschaftssystem erreicht ist, oder es kommt zum Rückgängigmachen der Reform mit weiteren begleitenden Eingriffen.

Fassen wir zusammen: In sich stabile System sind nur der Kapitalismus oder der Sozialismus. Der Interventionismus oder dritte Weg neigt zu einer oder anderen Seite. In Mises Worten: „Entweder Kapitalismus oder Sozialismus, ein Mittelding gibt es nicht.“[[13]](#footnote-13)

Mises´ Kritik des Interventionismus-, Bürokratie und Sozialismuskritik kombinieren sich daher zu einer umfassenden Staatskritik. Der Mittelweg scheidet als effiziente und stabile Alternative aus. Geht man ihn konsequent zu Ende, gelangt man zum Sozialismus. Der Sozialismus bedeutet aber Chaos. Wirtschaftsrechnung ist in ihm unmöglich. Wer Chaos ablehnt, muss daher den Mittelweg zu seinem Ursprung zurückzugehen: dem reinen Kapitalismus.

1. Heute würde man statt Wirtschaftsrechnung den Begriff der Kostenrechnung verwenden. [↑](#footnote-ref-1)
2. Auf das gleiche laufen Organisationsformen hinaus, in denen das Eigentum formell noch in privater Hand liegt, jedoch seine Nutzung, Verwendung und Übertragung derart vom Staat vorgeschrieben wird, dass die ökonomische Verfügungsgewalt beim Staate liegt. Diese Organisationsformen werden auch als Faschismus bezeichnet. [↑](#footnote-ref-2)
3. Wie sehen heute, dass mit den zahlreichen Staatseingriffen bei Eigentumsrechten und Preisen in der Energiewirtschaft wir uns mit der sogenannten „Energiewende“ uns dem Chaos des Sozialismus annähern. Die Art der Energieerzeugung wird nicht mehr über Marktpreise und damit die Wertschätzungen der Menschen bestimmt, sondern mittels politischen Eingriffen, die die Preise verzerren und Eigentumsrecht einschränken. [↑](#footnote-ref-3)
4. Vgl. Mises´Werk *Planned Chaos* (1947, New York: Foundation for Economic Education). [↑](#footnote-ref-4)
5. Ludwig von Mises, *Die Bürokratie*. 2004. St. Augustin: Akademia Verlag. [↑](#footnote-ref-5)
6. Dabei muss er nicht unbedingt um einen monetären Gewinn bemüht sein. Er kann auch andere Nebenziele philanthropischer, ideologischer oder künstlerischer Art verfolgen. So kann er seinen unfähigen Neffen einzustellen, auch wenn dadurch sein monetärer Gewinn geschmälert wird. Der Unternehmer tut dies jedoch bewusst. Er kann sogar abschätzen, wie viel monetären Gewinn ihn dieses Verhalten kostet. [↑](#footnote-ref-6)
7. Selbstverständlich kann der Staat auch den Bürokraten anweisen, Unternehmer zu „spielen.“ Er sagt beispielsweise dem Schulleiter, er solle Gewinne machen, die der Leiter dann einstreichen darf. Der Schulleiter darf Schulgebühren erheben, Werbung machen, in Schulinfrastruktur investieren, Kosten senken etc. Es bleibt jedoch ein Spiel. Denn der Hauptunterschied zum Unternehmer bleibt bestehen. Der Schulleiter riskiert nicht sein eigenes Kapital. Er kann es nicht verlieren, weil es nicht sein Kapital ist. Verlust ist also ausgeschlossen. Der Gewinn ist auch unsicher. Denn der Staat kann jederzeit die Gewinne einziehen, die Handlungsregulierungen ändern oder den Leiter absetzen. Der Leiter hat daher grundlegend andere Handlungsvoraussetzungen als ein Unternehmer in einer Marktwirtschaft. Darf er Gewinne erzielen ohne sein Kapital zu riskieren, wird er wahrscheinlich risikoreich bzw. verantwortungslos agieren, so wie wir es heute in der Finanzwirtschaft erleben. Die Banker in großen Kreditinstituten gleichen in der Tat eher Bürokraten denn Unternehmern. Ihr Verhalten wird streng reguliert durch den Staat reguliert. Vor allem mit dem Finanzsystem eng verzahnte große Banken, können auf eine Staats- oder Zentralbankrettung hoffen. Sie riskieren in dem Maße, in dem sie auf eine Rettung bauen können, nicht ihr eigenes Kapital, sondern das der Steuerzahler und Geldnutzer. Entsprechend agieren sie. [↑](#footnote-ref-7)
8. Vgl. beispielsweise Ludwig von Mises´ Essay „Profit and Loss“ in Planning for Freedom (2008, Auburn, AL: Ludwig von Mises Institut). [↑](#footnote-ref-8)
9. Dies ist nicht in jedem Falle so. Erstens, können die Folgen durchaus beabsichtigt sein, vor allem wenn ein Etatist bewußt eine Interventionsspirale in Gang setzen möchte. Dieses Ziel ist beispielsweise bei der Dynamik der heutigen Euroschuldenkrise nicht völlig auszuschließen. Schließlich wollen viele Eurokraten eine politische Union, zu der sie sich von Eingriff über Eingriff hangeln. Zweitens, kann der ursprüngliche Eingriff nicht stark genug sein, um schwerwiegende negative Folgen zu zeitigen, wenn z.B. ein Minimallohn unter dem Marktniveau festgelegt wird. Drittens, kann die nicht beabsichtigte Nebenfolge des Eingriffs als notwendiges Übel akzeptiert werden. Man denke etwa an den relativen Rückgang der Kapitalakkumulation durch Umverteilungsmaßnahmen. Viertens, können gleichzeitig gegenläufig auftretende Ereignisse die unbeabsichtigten Wirkungen kompensieren. Starkes Wirtschaftswachstum durch technologischen Fortschritt kann einer absoluten Verarmung durch den durch Umverteilungsmaßnahmen ausgelösten Kapitalkonsum entgegenwirken. [↑](#footnote-ref-9)
10. Der Staat könnte auch alternativ in die Produktion des Gutes einsteigen und sie fiskalisch finanzieren. Diese Steuererhöhung hemmt generell die Produktion, die Leistungsbereitschaft und die Kapitalakkumulation. Diese Folgeprobleme könnten jedoch von den Befürwortern des ursprünglichen Eingriffes als nicht zu schwerwiegend und akzeptabel angesehen werden, sodass an dieser Stelle die Interventionsspirale abbricht. [↑](#footnote-ref-10)
11. Dieses Beispiel erschien in ähnlicher Form im Hauptstadtbrief Nr. 113, Februar 2013, S. 12-14. [↑](#footnote-ref-11)
12. Die staatliche, umlagefinanzierte Rente ist freilich auch unsicher, da sie von politischen Fragen und realen Umverteilungsmöglichkeiten abhängt, die von den genannten Interventionen negativ beeinflusst werden. [↑](#footnote-ref-12)
13. Vgl. Mises, Kritik des Interventionismus, S. 11. [↑](#footnote-ref-13)